

aufgrund der Unterstützung durch verschiedene staatliche Akteure in den letzten Jahren entstanden sind, erwachsen der journalistischen Arbeit hier noch immer klare Schranken. Auf der einen Seite stößt das Selbstverständnis des investigativen Journalismus als Plattform sozialer Gerechtigkeit leicht an die Grenzen dessen, was von der parteistaatlichen Führung als politisch sensitiv erachtet wird. Zwar ist es nicht mehr absolut tabu, an übergreifende politische und soziale Problemthemen zu rühren, doch erfordert es erhebliches Fingerspitzengefühl, um den richtigen Zeitpunkt zu erhaschen, wirtschaftspolitische Themen oder soziale Missstände kritisch zu kommentieren. Auch im Finanzjournalismus kann die Schwelle zu politisch sensibler Kritik leicht überschritten werden, da makroökonomische Strategien ebenso zur Debatte stehen wie mikroökonomische Interessen und Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Auf der anderen Seite droht dem Finanzjournalismus eine wachsende Zahl gerichtlicher Klagen, wie zuletzt in dem geschilderten Fall der Fountain Corp. In dem Maße, wie *Caijing* und andere Zeitschriften ihre Rolle als „watchdog“ erfüllen, laufen sie Gefahr, von einzelnen Unternehmen gerichtlich belangt zu werden. Dass sich solche Klagen wiederholen werden, ist angesichts einer bestehenden Gesetzeslücke wahrscheinlich. Zwar ist das chinesische Zivilrecht inzwischen so weit entwickelt, dass es ein Gesetz gegen Defamierung enthält, welches Unternehmen ermöglicht, sich gegen rufschädigende Beiträge in den Medien mit rechtlichen Mitteln zur Wehr zu setzen. Nach wie vor fehlt jedoch ein Mediengesetz, das umgekehrt einen effektiven Schutz der Pressefreiheit und der Interessen der Medien gewährleisten könnte. Entsprechende Gesetzesvorschläge werden zwar seit Mitte der 1980er Jahre diskutiert, haben bislang aber nicht zur Verabschiedung eines Mediengesetzes geführt. Angesichts des fortbestehenden parteistaatlichen Kontrollanspruchs über die Medien schien es für alle Beteiligten bisher offenbar vorteilhafter, auf einen Gesetzestext zu verzichten, denn ein solcher müsste die politischen Schranken der Pressefreiheit rechtlich fixieren und dürfte damit

einen pragmatischen und flexiblen *modus vivendi*, wie er sich im Bereich des Finanzjournalismus offenbar etabliert hat, eher erschweren als erleichtern. Die Grenzen der Pressefreiheit dürften daher auch in Zukunft Gegenstand partikularer Aushandlungsprozesse sein. (FEER, 9.5.02; WSJ, 19.5., 7.6.02; Nailene Chou Wiest, „Financial Journalism and Market Reforms“, via: www.rthk.org.hk/mediadigest/20020614_76_29681.html) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Der Brand in einem Internet-Cafe in Beijing und die Folgen

Bei einem Brand im Lanjisu Cyber Cafe (Blue Hyperspeed Cafe) im Universitätsviertel Haidian der Hauptstadt Beijing kamen in der Nacht vom 15. zum 16. Juni 25 Menschen ums Leben. Die meisten Opfer waren Studenten der umliegenden Universitäten.

Nach offiziellen Angaben hatten zwei 13 bzw. 14-jährige Jungen, denen am Vortag der Eintritt verweigert worden war, aus Rache ein Feuer gelegt; sie hatten sich an einer Tankstelle in der Umgebung Benzin besorgt. Beide Jungen sollen – nach chinesischen Darstellungen – Kinder getrennter Eltern sein, die sich kaum um ihre Söhne gekümmert haben; der Vater des einen Jungen soll drogensüchtig, der des andern arbeitslos sein.

Die Eingänge des erst wenige Wochen zuvor geöffneten illegalen Cafes waren verschlossen und die Fluchtwege versperrt. Um die Entdeckung derartiger Cafes zu vermeiden, kommen die Besucher meist abends, werden eingeschlossen und bleiben bis zum Morgen – die Nachttarife sind besonders günstig. Illegale Cafes sind aus vielen Gründen beliebt. Im Gegensatz zu legalen Einrichtungen müssen keine Personalausweise vorgelegt werden, außerdem werden keine Filterprogramme eingesetzt mit denen sonst zahlreiche – vor allem ausländische – Seiten blockiert werden. Vor wenigen Monaten sollen in Dalian (Provinz Liao-

ning) bei einem ähnlichen Unglück 20 Menschen ums Leben gekommen sein.

Der Oberbürgermeister von Beijing, Liu Qi, ordnete schon am folgenden Tag die Schließung aller Internet-Cafes der Hauptstadt an, einschließlich der legalen. Neue Genehmigungen sollen in nächster Zeit nicht mehr erteilt werden. Erwartungsgemäß gab es gegen diese Maßnahmen zahlreiche Proteste von Internetnutzern, allerdings gibt es bisher keine Hinweise auf eine Lockerung der Einschränkungen. Nicht betroffen von den neuen Regeln sind offenbar Personen, die das Internet von zu Hause aus nutzen.

Im Zusammenhang mit dem Vorfall und den staatlichen Maßnahmen wurde von verschiedenen Seiten mitgeteilt, dass in Beijing 2.400 Internet-Cafes existierten, von denen 2.200 illegal wären. Insgesamt soll es in China etwa 200.000 Internet-Cafes geben, von denen 46.000 legal sind. Alle Cafes müssen sich bis zum 1. Oktober neu registrieren lassen und werden einer Sicherheitsinspektion unterzogen. Nach einem Bericht der *South China Morning Post* sollen die Betreiber der Internet-Cafes dazu gezwungen werden, eine Software zu installieren, die sowohl mehrere hunderttausend ausländische Internetseiten blockiert, als auch Versuche verbotene Seiten zu erreichen, registriert und automatisch an die Behörden weiterleitet. Schon im vergangenen Frühjahr hatte es eine landesweite Kontrolle der Internet-Cafes gegeben. (Vgl. C.a., 2001/7, Ü 12) Gegenwärtig soll es in der Volksrepublik insgesamt 35 Millionen Internetnutzer geben.

Westliche Kommentatoren bewerten die Katastrophe und die darauf folgenden Maßnahmen sehr unterschiedlich. Einige betonen die Zusammenhänge zwischen diesem Unglück und den vielen Minenunglücken sowie zahlreichen Bränden in Diskotheken, Fabriken und Schulen. (Vgl. C.a., 2001/11, Ü 11, 2002/4, Ü 20) Andere meinen, die Behörden würden den Brand nur als Vorwand benutzen, um die Internetnutzung noch strenger zu kontrollieren und zu zensieren. Hierbei wird häufig betont, dass die Zahl der illegalen Cafes so groß sei, weil es sehr schwierig sei, eine offizielle Genehmigung zu erhalten. Zahlreiche Beobachter weisen allerdings

auch darauf hin, dass die Besucher der Cafes vor allem an Computerspielen und Pornographie interessiert sind und kaum an sonstigen Inhalten, wie etwa Politik. Der *Guardian* betont das Problem der wachsenden Jugendkriminalität. (BBC PF, 17.6.02; *Guardian*, 17.6., 25.6., 10.7.02; Hongkong AFP, 19., 21.6.02, nach FBIS, 19., 21.6.02; SCMP, 1.7.02; *Washington Post*, 16.6.02) -tk-

16 Neue Initiative zur Förderung der tibetischen Sprache

Ende Mai wurde bekannt, dass im gleichen Monat in Tibet ein Gesetz zum Schutz und zur Förderung der tibetischen Sprache verabschiedet worden war, dass vorläufige Regelungen aus dem Jahr 1987 ersetzt. Danach sollen auch in Tibet lebende Han-Chinesen die tibetische Sprache lernen. Unklar ist, welches Niveau dabei erreicht werden soll, bzw. ob die Kenntnisse überprüft werden. Die Ausbildung von Sprachlehrern soll energisch gefördert werden. Insgesamt soll die Sprache gegenwärtig von fünf Millionen Menschen in der Volksrepublik China und in den südlichen Nachbarländern gesprochen werden. (XNA, 23.5.02; ST, 24.5.02) -tk-

17 Amerikanische Studie zur chinesischen Presse veröffentlicht

In den Vereinigten Staaten wurde am 30. Mai eine 130-seitige Untersuchung zur chinesischen Berichterstattung über die USA mit dem Titel „Perspectives toward the United States in Selected Newspapers of the People's Republic of China“ veröffentlicht. Die vom Institute for Global Chinese Affairs und Department of Communication der University of Maryland im Auftrag der U.S. China Security Review Commission verfasste Studie untersucht die Berichterstattung in sechs chinesischen Zeitungen im Frühjahr 2001 (Spionageflugzeugzwischenfall), im September 2001 und im Frühjahr 2002 (Chinabesuch von US-Präsident George W. Bush). Zu den untersuchten Zeitungen gehören die *Volkszeitung*, die *Beijinger Jugendzeitung*, die *Xinmin Abendzeitung* aus Shanghai und die *Yangcheng*

Abendzeitung aus Guangzhou; daneben wurden Berichte der Nachrichtenagentur Xinhua (Neues China) mit Berichten aus anderen Quellen verglichen.

Insgesamt wird die chinesische Amerika-Berichterstattung als objektiv und ausgewogen bezeichnet; zwar gäbe es gelegentlich sehr kritische Artikel, diese würden aber durch sehr positive Beiträge ausgeglichen. Gleichzeitig wurden aber klare Unterschiede zwischen chinesischen Berichten über Politik und Politiker einerseits und gesellschaftliche, kulturelle und technologische Themen andererseits festgestellt. Chinesische Kritik an den USA sei meist indirekt, häufig würden negative Amerikaberichte aus Drittländern verwendet. Besonders beliebt seien Berichte über Menschenrechtsverletzungen in den USA. (<http://www.uscc.gov/rese.htm>) -tk-

18 Economist-Heft mit China-Schwerpunkt erschienen – und verboten

Am 13. Juni veröffentlichte der britische *Economist* eine Ausgabe mit einem 18-seitigen China-Schwerpunkt, die in China selbst nicht verkauft wurde. Das Heft soll zwar angeblich an 2.500 Abonnenten ausgeliefert worden sein, die 600 übrigen Exemplare wurden jedoch nicht verkauft. James Miles, der für den Schwerpunkt verantwortliche *Economist*- (und BBC-) Korrespondent, war hierüber offenbar nicht überrascht. Das Heft enthält u.a. für Liberalisierung plädierende Beiträge und Spekulationen über den kommenden Parteitag. (Reuters, 21.6.02) -tk-

19 Neues über Raumfahrt und Fernsehsatelliten

Im Zusammenhang mit dem Testflug der Raumkapsel Shenzhou 3 (vgl. C.a., 2002/4, Ü 25) und den chinesischen Mondlandeplänen (C.a., 2002/5, Ü 16) wurden in den letzten Wochen noch weitere Informationen bekannt. Verschiedene Berichte deuten darauf hin, dass noch in diesem Herbst Shenzhou 4 mit mehreren Satelliten gestartet werden soll. Shenzhou 4 soll zwar für bemannte Flüge geeignet sein, aber in diesem Jahr noch unbemannt flie-

gen. Außerdem gab es mehrere Berichte über das Kontrollzentrum in Kashgar (Kashi) in Xinjiang, das bisher nur selten erwähnt wurde. Im Gegensatz zu den zahlreichen euphorischen Berichten über ehrgeizige Zukunftspläne, wird aus Hongkong gemeldet, dass China den für 2003 vorgesehenen Start eines Fernsehsatelliten abgesagt hat. Als Begründung wurde angegeben, dass die Möglichkeiten zum Empfang von Satellitenprogrammen nicht verbessert werden sollten, weil dieser schlecht zu kontrollieren wäre; stattdessen soll nun das Kabelfernsehen gefördert werden. Noch im letzten Jahr war angekündigt worden, dass in den kommenden sechs Jahren 60 Millionen Fernsehzuschauer durch Satelliten versorgt werden sollten. (*Ming Pao*, 23.4.02, nach FBIS, 23.4.02; *Wen Wei Po*, 21.5.02, nach FBIS, 21.5.02; WSJ, 7.6.02; BBC PF, 10.6.02; XNA, 1.6., 5.6.02) -tk-

Außenwirtschaft

20 Enttäuschung über Wachstumstempo der ausländischen Direktinvestitionen

In den ersten fünf Monaten diesen Jahres nahmen die realisierten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,4% zu und erreichten einen Wert von 16,92 Mrd. US\$, wie das Ministerium für Außenhandel und Investitionen mitteilte. Dies stellt gegenüber dem Wachstum von 29% in den Monaten Januar bis April eine deutliche Verlangsamung dar, die sich allerdings bereits nach dem Ende des ersten Quartals 2002 abzeichnete. Eine erste Investitionswelle im Zusammenhang mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) scheint abzuebben; sie hatte dem Land im vergangenen Jahr realisierte ADI im Rekordwert von 46,9 Mrd. US\$ beschert.

Vor dem WTO-Beitritt, der im Dezember 2001 erfolgte, hätten viele internationale Unternehmen einen Platz im chinesischen Markt besetzen wollen, sagte Chen Xingdong, Chefvolkswirt von BNP Paribas Peregrine; nun normalisiere sich der Zustrom aus-